



So funktioniert das bei uns: Firmenchef Gustav Deiters erklärt CDU-Kandidatin Anja Karliczek, CDU-Landeschef Armin Laschet und der Kreisvorsitzenden Christina Schulze Föcking (v.l.) beim Firmenbesuch Details aus der Produktion.

Foto: CDU

Den Energiemarkt europäisch sehen

CDU-Politiker zu Besuch bei Crespel & Deiters

TECKLENBURGER LAND. Die Energiekosten und die Vermögenssteuer, das sind zwei Sorgenkinder auch für die regionale Wirtschaft. Das wurde jetzt bei einem Politgespräch beim Weizenstärke-Unternehmen Crespel & Deiters deutlich.

Die CDU-Wahlkreiskandidatin Anja Karliczek, der CDU-Landesvorsitzende Armin Laschet und die CDU-Kreisvorsitzende Christina Schulze Föcking stellten einvernehmlich klar: Die steigenden Energiekosten in Deutschland werden für mittelständische Unternehmen zunehmend zur Belastung. Gustav Deiters, Geschäftsführer des Traditionsunternehmens Crespel & Deiters mit knapp 200 Mitarbeitern, machte auf drohende Arbeitsplatzverluste aufmerksam: „Wir waren eines



der ersten Stärkeunternehmen in Deutschlands und sind international aufgestellt.“ betonte Deiters. der Vorsitzender des IHK-Industrieausschusses ist. Aber je höher die EEG-Umlage steige, desto stärker sei die Wettbewerbsverzerrung für europa- und weltweit agierende Unternehmen zu spüren.

Es bedürfe einer Generalrevision der bestehenden EEG, bestätigte Karliczek. „Die erneuerbaren Energien müssen zeitnah an den Markt herangeführt werden und es muss schnellstmöglich eine vollständige Marktintegration erfolgen!“, ist Bank- und Diplom-Kauffrau Karliczek überzeugt.

Die garantierte Einspeisevergütung in Deutschland habe ein Niveau erreicht, das mit marktwirtschaftlicher Vernunft völlig unvereinbar sei. Der Energiemarkt müsse zunehmend europäischer gesehen werden, wird Karliczek in einer Presseinformation der CDU zitiert.

Armin Laschet, Landesvorsitzender und stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender sieht es als vordringliches Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Industrieunternehmen in Deutschland zu erhalten. „Bezahlbare und sichere Energie ist ein echter Standortfaktor!“, warnte er.

Als weitere Bedrohung machten die CDU-Politiker die Vermögenssteuer aus, die auch Betriebsvermögen von Familienunternehmen empfindlich treffen würde.